

DEBATTE

ANDREAS KRESBACH
über die Reaktion von Wutwählern in der Wahlzelle.



Bevor die SPÖ arbeitslos wird

Zuerst das Wahldebakel, dann das Pfeifkonzert am symbolträchtigen 1. Mai und schließlich der Rücktritt. Endlich der Anlass für die SPÖ zur längst fälligen personellen und strategischen Neuausrichtung. Das heißt allerdings: die an der Wählerbasis längst vollzogene Annäherung an die FPÖ, um den Wählerabstrom dorthin zu stoppen. Die „Burgenlandisierung“ soll also der Kanzlerpartei den Machterhalt sichern, was ja immer schon die oberste Maxime der SPÖ war. Mit einem blauen Präsidenten und einem neuen roten Parteichef könnte also schon in absehbarer Zeit eine „Volksgenossen-Koalition“ bevorstehen. Es wächst zusammen, was zusammengehört, auch wenn dies den wenigen verbliebenen Linken in der SPÖ gar nicht gefällt.

„Die Parteimeinung bestimmen die Salonlinken im Wiener Rathaus, die sich nicht auf die Probleme der Leute einlassen.“

Dabei offenbart das Bollwerk der SPÖ, die Stadt Wien, auch ihr Dilemma: Die Wählerstimmen bringen die Pensionisten und Hackler aus den bevölkerungsreichen Bezirken, die öffentliche Diskussion und die Parteimeinung bestimmen aber die Salonlinken im Rathaus, die zwar von „sozialer Gerechtigkeit“ reden, sich aber nicht auf die Lebensprobleme der Leute einlassen.

Die Partei, die seinerzeit angetreten ist, die Menschen grundsätzlich über ihre Arbeit zu definieren, tut seit Jahrzehnten zu wenig, um Arbeitssuchenden wieder einen Job zu verschaffen. Die

Verteidigung des Besitzstandes in Gestalt der Gewerkschaft ist wichtiger, als sich für die stetig wachsende Gruppe der geringfügig Beschäftigten, freien Dienstnehmer, Leiharbeiter, freien Selbstständigen etc. starkzumachen. Auch die Aufwertung der Teilzeitarbeit, von Niedriglohn- oder gar gemeinnützigen Jobs wird ignoriert, denn das wäre ja Verrat am klassischen Vollerwerbs-Fetisch. Und jetzt kommen auch noch die Flüchtlinge, die uns doch nur die Arbeitsplätze wegnehmen! Das ist zu viel der Zumutung an Solidarität, scheinbar auch so ein antiquierter Wert der Arbeiterbewegung.

Anstatt über geringere Lohnnebenkosten („das nützt ja nur der Wirtschaft!“) die Menschen, auch die eigene Klientel, rascher in den Arbeitsmarkt zu integrieren, wurde die Frühpension allzu attraktiv gemacht. Weil dafür eh der Steuerzahler mit einer der höchsten Abgabenquoten in Europa aufkommt. Gerechtigkeit zwischen den Generationen, Zukunftstechnologien für die Industrie 4.0, Antworten auf die Digitalisierung? Da sucht man vergebens.

Was Wunder, dass bei diesem Glaubwürdigkeits-Vakuum zunehmend mehr rote Wutwähler ihrer Frustration in der Wahlzelle Luft verschaffen. Damit nicht die SPÖ selbst arbeitslos wird, macht sie den rettenden Brückenschlag zur FPÖ hin. Auf die Argumentation, wie das aus Staatsräson legitimiert wird, was der ÖVP seinerzeit noch verboten war, darf man gespannt sein.

Andreas Kresbach ist Teammitglied des Thinktanks „Die Weis[s]e Wirtschaft“

SO DENKEN SIE DARÜBER

Das Problem sind die Gesetze

Aufgrund der Gesetzeslage sind Polizei und Behörden die Hände gebunden, kritisieren unsere Leser.

„Witwer will Klage gegen die Republik“, 9.5.

Ein illegaler Aufenthalt trotz polizeilicher Kenntnis des Aufenthaltsortes, Landstreicherei, vier Strafverfahren, bereits ein tätlicher Angriff mit einer Eisenstange, mehrere Anzeigen . . . waren laut Staatsanwaltschaft „kein Grund zur weiteren Verfolgung“. Hier hapert's nicht an der Justiz und schon gar nicht an der Polizei! Das Problem liegt in der Gesetzgebung! Solange unsere überwiegend schwachen Politiker weiterhin Gesetze beschließen, welche den Vollzugsorganen jede Möglichkeit des Handelns rauben, wird sich daran nichts ändern.

Man fragt sich, ob in Österreich wirklich erst jemand sterben muss, damit entsprechend gehandelt wird. Wenn der Witwer nun den Staat Österreich verklagt, hat er im Grunde recht. Seine Frau würde noch leben, wenn wir Österreicher ein bisschen weniger „lieb“ und „tolerant“ wären und dafür mit solchen Fällen

im angemessenen rechtlichen Stil verfahren würden.

Ing. Mag. (FH) Markus Hummer, Hartberg

Soko kommt zu spät

„Soko nach Gewalttat“, 11. 5.

Ich kann die Demotivation mancher Polizeibeamter bzw. Polizeibeamtinnen sehr gut nachvollziehen: Da hat man einen mutmaßlichen Täter gefasst und die Staatsanwaltschaft bzw. die Richter reagieren nicht oder zu lax. Aber Hauptsache, man gründet eine Soko, wenn schon ein Mensch tot ist. Unfassbar!

Hans Alois Glanz, Knittelfeld/Apfelberg

Vertrauen geschrumpft

Nach den Meldungen der letzten Tage muss ich mir die Frage stellen, ob wir in Österreich noch Vertrauen in Polizei und Justiz haben können. Erster Fall: Da wird in Wien eine Frau von einem Mann aus Afrika brutal mit einer Eisenstange erschlagen. Angeblich ist dieser Mann bereits seit 2014 immer wieder straffällig geworden. Warum konnte er nicht schon längst abgeschoben werden?

Zweiter Fall: Ein Steirer hat mehrfach diverse Banken im Inland und auch in der Schweiz überfallen. Wurde auch festgenommen, aber vom Richter in Graz wegen zu wenig Beweisen wieder auf freien Fuß gesetzt. Prompt hat er wieder Banken überfallen!

Dritter Fall: In Deutschlandsberg wird eine tote Frau in einem Müllcontainer gefunden. Ein der Frau bekannter pensionierter Arzt meint, dass dieser Todesfall

LIEBE IST . . .



... eine Feder von ihren Engelsflügeln zu erhaschen.